



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am  
27.06.2023  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:01 Uhr bis 18:16 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Yvonne Winkler  
Ute Haupt

Dr. Bodo Meerheim

Christoph Bernstiel  
Dr. Ulrike Wünsch  
Dennis Helmich  
Dr. Mario Lochmann

Beate Thomann  
Andreas Heinrich

Kay Senius

Torsten Schaper

Dirk Neumann  
Claudia Rohrbach  
Richard Busch  
Ernst Josef Peter Dehn

Fraktion MitBürger  
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
Vertreterin der Fraktion DIE LINKE,  
Teilnahme bis 17:55 Uhr

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
Teilnahme bis 17:53 Uhr

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vertreter für Herrn Helmich

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
AfD-Stadtratsfraktion Halle  
Teilnahme bis 18:12 Uhr

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Teilnahme bis 18:15 Uhr

Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von  
Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner  
Sachkundige Einwohnerin  
Sachkundiger Einwohner  
Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

René Rebenstorf  
Dr. Sabine Odparlik

Andreas Blümner

Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt  
Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft  
und Digitalisierung  
Teilnahme ab 17:54 Uhr  
Teamleiter Digitale Stadt

### **Entschuldigt fehlten:**

Dr. Martin Ernst  
Jana Kozyk  
Henry Körner  
Sascha Steinert  
Anne-Katrin Wielebinski

Fraktion Hauptsache Halle  
Sachkundige Einwohnerin  
Sachkundiger Einwohner  
Sachkundiger Einwohner  
Sachkundige Einwohnerin

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die Ausschussvorsitzende, Frau Winkler, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

Frau Winkler sprach zur Tagesordnung an, dass von der Tagesordnung zu nehmen ist:

### TOP 6.1.1

Änderungsantrag der Freien Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05247

→ wurde im Kulturausschuss zurückgezogen

Ergänzungen gibt es zu den Tagesordnungspunkten:

### TOP 6.1

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05107

→ Hier liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor

→ Behandlung unter TOP 6.1.2

Frau Winkler sprach an, dass die TOP 6.3,6.4 und 6.5 zusammen diskutiert, aber getrennt abgestimmt werden.

### TOP 6.3

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt

Vorlage: VII/2023/05646

→ Hier liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 6.3.1

### TOP 6.4

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Zukunftspläne für den ehemaligen Galeria-Kaufhof-Standort

Vorlage: VII/2023/05648

→ Hier liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 6.4.1

### TOP 6.5

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur regelmäßigen Berichterstattung über das Zukunftszentrum

Vorlage: VII/2023/05649

→ Hier liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 6.5.1

**Frau Winkler** rief zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.05.2023
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Modellprojekte Smart Cities: Strategiepapier  
Vorlage: VII/2023/05539
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05107
- 6.1.1 Änderungsantrag der Freien Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05247 **abgesetzt**
- 6.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05885
- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen  
Vorlage: VII/2023/05673
- 6.3. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt  
Vorlage: VII/2023/05646
- 6.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt (VII/2023/05646)  
Vorlage: VII/2023/05856
- 6.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Zukunftspläne für den ehemaligen Galeria-Kaufhof-Standort  
Vorlage: VII/2023/05648



## zu 5      **Beschlussvorlagen**

---

zu 5.1      **Modellprojekte**                      **Smart**                      **Cities:**                      **Strategiepapier**  
**Vorlage: VII/2023/05539**

---

**Frau Dr. Odparlik** sagte, dass Herr Blümner zu dieser Vorlage in vielen Fraktionen und Ausschüssen war, wo diese erläutert worden ist, deswegen wurde nicht nochmals in die Vorlage eingeführt, sondern Herr Blümner und sie standen für Fragen zur Verfügung.

**Herr Senius** sprach an, dass jetzt auch die Umsetzung der Maßnahmen im Strategiekonzept beschlossen werden soll. Er fragte, ob den Förderbedingungen eventuelle Nachbesserungen im Konzept entgegenstehen würden.

**Frau Dr. Odparlik** erwiderte, dass in dem Fall sicher mit dem Fördermittelgeber geredet werden könnte.

**Herr Blümner** sagte, dass dies bewusst bereits vom Fördermittelgeber berücksichtigt worden ist. Modellhaft soll etwas entwickelt werden und demzufolge wird sich im Lauf der Umsetzung immer wieder etwas ändern und anpassen lassen und dann würde in dem Fall auch mit der KfW-Bank gesprochen werden.

**Herr Senius** fragte, ob es bei der 90%igen Förderung bleiben würde oder bei Kostenabweichungen mehr Kosten zu erwarten wären.

**Frau Dr. Odparlik** antwortete, dass zwischen den verschiedenen Töpfen geschichtet werden kann. Das Fördermittelbudget bleibt wie es ist und würde auch nicht erhöht werden. In dem zugesagten Fördermittelrahmen bewegt sich die Stadt.

**Herr Schaper** fragte zu dem Projekt „Captan Peak“, da dies als unkonkret angesehen wird, da nur die Erhebung von Fahrgastdaten als Maßnahme benannt worden ist. Er fragte nach dem Sinn der Maßnahme, da die HAVAG sicher ohnehin Fahrgastdaten erhoben hat.

**Herr Blümner** bestätigte, dass die HAVAG natürlich über Fahrgastdaten, auch auf der Grundlage von Umfragen, verfügt. Im Gegensatz dazu geht es hier um Echtzeitdaten, d. h., dass hierdurch die Verbindung optimiert werden kann, dies nicht nur bezogen auf die Straßenbahn, sondern auch auf andere Verkehrsmittel, damit die Mobilität im ÖPNV noch optimiert werden kann. Es geht auch um die Erhebung historischer Daten, um in Zukunft auch Prognosen erstellen zu können, sodass auch bei besonderen Veranstaltungen die Kapazität entsprechend erhöht werden könnte.

**Herr Dr. Thomas** sagte, dass er beruflich gerade erlebt hat, dass die IT-Infrastruktur ein Problem sein kann. Deswegen fragte er, ob die Stadt Halle absehbar über die Glasfaserstruktur verfügen wird, die tatsächlich benötigt wird, um mit solchen Datenmengen arbeiten zu können.

**Herr Blümner** sagte, dass derzeit der Glasfaserstand in Halle bei 46 % liegt. Halle hat eine gut nutzbare Infrastruktur beim Breitband. Im Gegensatz zu anderen Kommunen ist der Glasfaserausbau hier relativ hoch. Dies wurde beim Glasfasertag in Magdeburg vor wenigen Tagen klar.

Durch **Herrn Dr. Thomas** wurde gefragt, ob über Glasfaser bis zum Bürgersteig, bis zum Haus oder bis zum Rechner gesprochen wird.

**Herr Blümner** antwortete: Bis zum Bürgersteig.

**Herr Dr. Lochmann** sprach an, dass am Friedemann - Bach - Platz das Parkraummanagement als Pilotprojekt vorgesehen ist, in der Diskussion war aber in der Vergangenheit, dass dort eventuell eine autofreie Gestaltung erfolgen sollte. Deswegen fragte er, ob es dann nicht sinnvoller wäre, dieses Pilotprojekt woanders zu machen.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass grundsätzlich noch nicht über den Friedemann – Bach - Platz gesprochen werden kann, solange die quartiersbezogenen Mobilitätskonzepte noch nicht durch sind. Sicher wird dieser irgendwann mal umgestaltet werden müssen, momentan bietet sich dort an, im Rahmen des digitalen Projektes Smart City diesen Platz zu nutzen, um Erkenntnisse zu erhalten, welche später bei dem Plan zur Umgestaltung helfen können.

**Herr Blümner** ergänzte, dass auch das Thema Denkmalschutz dabei eine Rolle spielt, da bauliche Maßnahmen unter diesem Aspekt vorgenommen werden sollen. Es geht um den Verbau von Sensorik und Nutzung von Kameras; die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt sollen auch in andere Konzepte mit einfließen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis skE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis StR:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

- 1) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Smart-City-Halle-(Saale) -Strategiepapier (Anlage 1) beim Fördermittelgeber einzureichen.
- 2) Der Umsetzung der Maßnahmen „Smart Field Wirtschaftsquartier & Smart Tool“, „Integrierte Mobilität“ und „Digitale Bildungsinitiative HaNeu“ (Anlage 1, S. 35, 86 ff) wird vorbehaltlich der Bewilligung durch den Fördermittelgeber zugestimmt.
- 3) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, notwendige redaktionelle Änderungen, Präzisierungen und fördermittelrechtlich erforderliche Anpassungen vorzunehmen.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05107**

---

**zu 6.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05885**

---

**Frau Winkler** sagte, dass zu diesem Tagesordnungspunkt vom Stadtmarketing Frau Gering

anwesend ist, für welche sie Rederecht beantragte. Das Rederecht wurde einstimmig erteilt. Da in anderen Ausschüssen bereits die Präsentation des Stadtmarketings dazu gehalten wurde, war dies hier nicht nochmals notwendig.

**Herr Bernstiel** brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen. Er sagte u.a., dass der Ausschluss von Geschäftskunden hierbei gewollt ist.

**Herr Dr. Lochmann** sprach an, dass seine Fraktion dieses verständliche Modell gewählt hat, da es Rechtssicherheit hat. Es gibt die Vorgabe aus dem Land, dass ein Gästebeitrag erhoben werden kann. Deswegen plädierte er, dem Antrag seiner Fraktion und der Mitbürger zuzustimmen.

**Frau Winkler** schloss sich als Vertreterin der mitantragstellenden Fraktion den Worten von Herrn Dr. Lochmann an.

**Herr Schaper** sagte zum Änderungsantrag, dass seiner Ansicht nach der Ausschluss von Geschäftskunden doch per Gesetz schon vorgegeben ist und fragte, ob er das richtig sieht.

**Frau Winkler** sagte, solange es sich um einen Beitrag handelt ja, handelt es sich um eine Steuer nein.

**Herr Schaper** sagte, dass schon viel Zeit ab Einbringung des Antrages verstrichen ist, um sich damit beschäftigen zu können. Der vorliegende Änderungsantrag kam relativ kurzfristig noch dazu, sodass er sich jetzt enthalten wird.

**Frau Winkler** bat Frau Gering um ein Feedback des Stadtmarketings.

**Frau Gering** sagte, dass sie für den Gästebeitrag plädiert. 2019 wurde im Stadtrat beschlossen, dass das Stadtmarketing ein Tourismuskonzept entwickelt, wo sehr viele infrastrukturelle Dinge, wie bspw. die Busparkplatz- oder Toilettensituation in der Stadt enthalten sind.

Sie sprach aus ihren Erfahrungen, wie ein Reiseleiter entscheidet und hierbei geht es vor allem um die Aufenthaltsqualität (Erreichbarkeit, Parkplätze für Bus etc.) Hier ist noch einiges zu tun.

**Herr Senius** sagte, dass er dem Änderungsantrag ebenfalls nicht folgen kann. Aus der Haushaltssituation ist deutlich, dass vieles unter freiwillige Leistung fällt, was die touristische Infrastruktur betrifft. Er sprach sich ebenfalls für den Gästebeitrag aus, damit die Mittel zielgerichtet verwendet werden können. Dem Antrag selbst kann zugestimmt werden.

**Frau Gering** ging kurz auf die Kalkulation ein und sprach an, dass hier auch Unterkünfte unter neun Betten nicht statistisch erfasst werden können. Bei Airbnb sieht man Unmengen davon. Es gibt noch viele infrastrukturelle Dinge zu bewältigen, die im Hinblick auf das Zukunftszentrum zu sehen sind. Deswegen plädierte sie nochmals für den Gästebeitrag.

**Frau Dr. Wünsch** sagte, dass die Hälfte der Übernachtungen bei der Erhebung eines Gästebeitrages nicht berücksichtigt werden. Im Kulturausschuss hat Herr Lange vom Stadtmarketing erläutert, wie viel Personal benötigt wird, um alles bis 2025 einzuführen. Hier war von mindestens zwei Ganztagsstellen die Rede. Es wurde von 2 Euro Beitrag/Übernachtung ausgegangen und das würde heißen, dass 90 TEUR aus der Gebührenerhebung für die touristische Infrastruktur übrigbleiben würden. Deswegen fragte sie, ob es das wirklich wert ist, diesen Aufwand hier zu betreiben. Ihr war unverständlich, warum die Hälfte aller Übernachtungen rausgelassen wird, über eine Steuer würde man schon an alle herantreten können.



**Herr Heinrich** sah es so, dass die Geschäftskunden die touristische Infrastruktur eher nicht in Anspruch nehmen, weil diese in einem Veranstaltungsrahmen sind. Halle ist keine Stadt, in der man längeren Urlaub macht, sondern eher Kurzübernachtungen erfolgen. Er hielt einen Gästebeitrag von 2 Euro für die Kurzübernachtungen für verhältnismäßig. Er geht davon aus, dass die Erfassung der Daten digital erfolgen wird und damit auch eventuell nur eine halbe oder eine Ganztagsstelle benötigt wird.

**Herr Dr. Lochmann** verwies auf die von Herrn Lange in anderen Ausschüssen gehaltene Präsentation und sprach an, dass dort enthalten war, dass die Kosten offen sind und vom Modell der Abrechnung abhängen. Deswegen wird von einer digitalen Abrechnung auch ausgegangen, da ansonsten der Verwaltungsaufwand die Einnahmen übersteigen würde. Auch eine Steuererhebung würde einen entsprechenden Verwaltungsaufwand verursachen. Bei einem Gästebeitrag ist man rechtlich auch auf der sicheren Seite.

**Frau Dr. Odparlik** ging auf die Kosten und das Personal ein. Sie führte aus, dass ihr Fachbereich gemeinsam mit dem Stadtmarketing das Für und Wider Nutzen und Kosten diskutiert hat. Sie sagte, dass dies eher als Projekt in die Zukunft zu sehen ist. Wenn das Zukunftszentrum da ist, wird von einer anderen Gästezahl zu sprechen sein. Es gibt bis dahin noch viel in der Innenstadt zu tun, davon profitieren nicht nur die Touristen, sondern auch die Unternehmen in der Stadt und die Einwohner/-innen. Wenn in die Zukunft gedacht wird, macht der Aufwand auch Sinn, der auch nicht zu unterschätzen ist. Das Projekt muss ordentlich entwickelt, eingeführt und in der Bestandspflege nachgehalten werden. In ihrem Fachbereich ist keine Person, die im touristischen Bereich tätig ist, da muss geschaut werden, wie das zu stemmen ist. Dazu gehört trotz aller Digitalisierungssachen auch Personal.

**Frau Rohrbach** sagte, dass im Finanzausschuss eine Stellungnahme des Fachbereiches Recht zugesagt worden ist.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass dies bis zum Stadtrat vorliegen wird.

**Herr Dr. Lochmann** sagte, dass es hierbei um den Änderungsantrag, die Steuervariante ging, da der Gästebeitrag rechtlich klar ist.

**Frau Dr. Wünscher** sagte, dass ihrer Ansicht nach geprüft werden sollte, ob beide Varianten Gästebeitrag und Steuer umsetzbar wären.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung des Änderungsantrages und dann des Antrages auf.

**zu 6.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: VII/2023/05885

---

**Abstimmungsergebnis skE:** mit Patt abgelehnt

**Abstimmungsergebnis StR:** mehrheitlich abgelehnt

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Erhebung einer **Übernachtungssteuer von Gästebeiträgen** zu erarbeiten und dem Stadtrat im 2. Quartal 2023~~4~~ zur Beschlussfassung vorzulegen. ~~Ziel ist eine anteilige Deckung des Aufwandes für städtische Einrichtungen, die der dem der infrastrukturellen Tourismusedwicklung dienen.~~ Angestrebt wird ein Inkrafttreten der Satzung zum 01.01.2024~~25~~. Die **Übernachtungssteuer der Gästebeitrag** wird nach der Dauer des Aufenthaltes bemessen und soll **mindestens** 2 EUR für jede beitragspflichtige Person pro Tag betragen. ~~Bei der Erarbeitung der Regularien der Satzung (inkl. Befreiungen, Pflichten der Beherbergungseinrichtungen etc.) kann sich an der am 19.10.2022 beschlossenen Gästebeitragsatzung der Stadt Naumburg (Saale) orientiert werden.~~

Voraussetzung für die Erhebung der **Übernachtungssteuer des Gästebeitrages** ist die Verarbeitung der digitalen Gästedaten aus den verschiedensten Buchungsportalen mittels einer Schnittstelle zur Stadtverwaltung. Für die betroffenen touristischen Einrichtungen ist ein Zugang zu dem entsprechenden städtischen System einzurichten.

zu 6.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/05107

---

Abstimmungsergebnis skE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis StR: zugestimmt nach Änderungen

### Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Erhebung von Gästebeiträgen zu erarbeiten und dem Stadtrat im 2. Quartal 2023~~4~~ zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel ist eine anteilige Deckung des Aufwandes für städtische Einrichtungen, die **der dem der infrastrukturellen Tourismusedwicklung dienen**. Angestrebt wird ein Inkrafttreten der Satzung zum 01.01.2024~~25~~. Der Gästebeitrag wird nach der Dauer des Aufenthaltes bemessen und soll **mindestens** 2 EUR für jede beitragspflichtige Person pro Tag betragen. Bei der Erarbeitung der Regularien der Satzung (inkl. Befreiungen, Pflichten der Beherbergungseinrichtungen etc.) kann sich an der am 19.10.2022 beschlossenen Gästebeitragsatzung der Stadt Naumburg (Saale) orientiert werden.

Voraussetzung für die Erhebung des **Gästebeitrages** ist die Verarbeitung der digitalen Gästedaten aus den verschiedensten Buchungsportalen mittels einer Schnittstelle zur Stadtverwaltung. Für die betroffenen touristischen Einrichtungen ist ein Zugang zu dem entsprechenden städtischen System einzurichten.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen**  
Vorlage: VII/2023/05673

---

**Frau Thomann** brachte den Antrag ein und begründete diesen u. a. damit, dass Rummel und Beachvolleyball nicht auf dem Marktplatz stattfinden sollten und die Wochenmärkte vom Angebot qualitativ verbessert werden sollten. Sie sagte u.a., dass sie es für wünschenswert hält, dass es auch um die Weiterentwicklung des Marktes in Neustadt geht, auch wenn dies nicht im Antrag enthalten ist. Auch hier werden Qualitätsanforderungen und Maßnahmen zur Belebung des Marktes benötigt.

**Herr Schaper** sagte, dass ihn dieser Antrag wortlos macht, da es hier um eine Bewertung gehen soll, wie Veranstaltungen eingeschätzt werden, ob schlecht oder hochwertig. Er brachte als Beispiel die Stadt Köthen, wo es gegenwärtig eine Woche lang ein Beachvolleyballspiel auf dem Markt gibt, worüber sich die Einwohner/-innen freuen.

Auch hier freuen sich die Einwohner/-innen, wenn Veranstaltungen im Herz der Stadt, also auf dem Markt, stattfinden und die Veranstalter freuen sich, dies hier präsentieren zu können. Dies ist eine Art von Segregation von Veranstaltungen. Aus diesem Grund wird er diesen Antrag ablehnen.

**Herr Dr. Lochmann** sagte, dass die Aussagen von Frau Thomann Beispiele und ihre persönliche Meinung waren. Er sprach an, dass es darum geht, objektive Kriterien zu entwickeln und dabei die City-Gemeinschaft und den Stadtrat mit einzubeziehen. Zum Rummel auf dem Markt gibt es viele negative Meinungen, aber es geht nicht um eine Bewertung hierzu.

**Herr Heinrich** hatte den Eindruck, dass das System von Märkten und Veranstaltungen funktioniert und reguliert ist. In dem Antrag sah er eine ausufernde Bürokratie und Verbotsgeldern und deswegen wird er den Antrag ablehnen.

**Herr Senius** sagte, dass jeder eine andere Vorstellung darüber hat, wann ein Marktplatz schön oder weniger schön angesehen wird. Der Marktplatz gehört den Bürger/-innen; es geht darum, ob dieser mit seinen Veranstaltungen angenommen wird oder nicht. Er nimmt die Veranstaltungen als gut besucht und attraktiv aus Sicht der teilnehmenden Bürger/-innen wahr. In der Stellungnahme der Stadt wird auf die Flankierung hingewiesen und damit ist man auf einem guten Weg. Seine Fraktion lehnt den Antrag deswegen ab.

**Frau Dr. Odparlik** sagte, dass die Verwaltung sich mit dem Marktplatz natürlich auch beschäftigt. Es wird mit vielen Bereichen gemeinsam geschaut, wie der Markt attraktiver gestaltet werden kann und wo Entwicklungsbedarfe gesehen werden. Dieser Prozess benötigt auch Zeit.

**Frau Rohrbach** sagte, dass es gut wäre, wenn die Stadträt/-innen hierbei mit involviert werden, diese könnten hier mit unterstützen.

**Frau Thomann** drückte ihre Verwunderung über das selektive Wahrnehmungsvermögen einiger Mitglieder aus. Sie hat in ihrer Begründung davon gesprochen, dass von „wir“ und nicht von „ich“ die Rede war, dass man gemeinsam zu einer Entwicklung des Marktplatzes kommen soll. Sie fand die Anfangsdebatte unsachlich und würde sich freuen, wenn bei der

Arbeitsgruppe der Verwaltung, bei der es um den Marktplatz geht, auch interessierte Stadträt/-innen einbezogen werden.

**Herr Schaper** gab noch eine kurze betriebswirtschaftliche Sichtweise auf einen Markt.

**Herr Bernstiel** fragte die antragstellende Fraktion, ob der Empfehlung der Stadt, den Antrag für erledigt zu erklären, gefolgt wird. Er gab noch den Hinweis, dass es von der Arbeitsgruppe „Weihnachtsmarkt“ die Abfrage gab, wer hierbei mitarbeiten möchte. Dies sah er als guten Einstieg für die Fraktion, dort mitzuarbeiten.

**Herr Dehn** sagte, dass er die Rede von Herrn Schaper nicht als unsachlich empfunden hat. Er sah es als wesentlichen Vorteil des Marktes in Halle an, dass dieser sehr lebendig ist und dass dort viel häufiger, als in anderen Städten, etwas stattfindet. Die unterschiedlichen Veranstaltungen werden von vielen Personen angenommen. Die Verwaltung arbeitet seit vielen Jahren daran, die Auswahlentscheidungen entsprechend zu gestalten, dass unterschiedliche Sachen stattfinden. Der Antrag ist aus seiner Sicht erledigt.

**Frau Thomann** ging kurz auf die Einlässe von Herrn Schaper und Herrn Dehn ein. In vielen anderen Städten lebt der Wochenmarkt von den Direktvermarktern aus der Umgebung und nicht vom Supermarktangebot.

Sie bestand auf einer Abstimmung ihres Antrages, um deutlich zu machen, dass die Fraktion eine Weiterentwicklung des Marktes mit seinen Angeboten haben möchte und dies nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch dem Stadtrat, überlassen sollte.

Durch **Herrn Heinrich** wurde gesagt, dass nicht die antragstellende Fraktion entscheiden kann, welche Produkte auf dem Markt angeboten werden, dies entscheiden die Bürger/-innen und der Markt. Verkauft wird, was die Leute wollen und auch, was als preisgünstig oder besonders empfunden wird. Dies kann nicht vorgeschrieben werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis skE:** einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis StR:** mehrheitlich abgelehnt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt wird beauftragt, zur Sicherung der Qualität von Veranstaltungen auf dem Marktplatz und anderen zentralen Plätzen inhaltliche Zielsetzungen und Kriterien zu erarbeiten. Dabei sollen zu erarbeitende Leitlinien den gehobenen kulturellen und gestalterischen Ansprüchen der Orte Rechnung tragen und dafür sorgen, dass Veranstaltungen aufeinander abgestimmt sind.
2. Wir regen dazu an, dass im ersten Schritt eine Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung (Wirtschaftsförderung, Team Sondernutzung/Märkte, Fachbereich Kultur etc.), Stadtmarketing, IHK und weiteren Akteuren wie Citygemeinschaft und Vertretern der Stadtratsfraktionen Ziele und Markkerne erarbeitet. Der Prozess sollte zur Professionalisierung fachlich durch externe Begleitung moderiert werden.

**zu 6.3 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt**  
Vorlage: VII/2023/05646

---

**zu 6.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt (VII/2023/05646)**  
Vorlage: VII/2023/05856

---

**Frau Winkler** sprach an, dass die TOP 6.3, 6.4 und 6.5 gemeinsam behandelt werden. Die Abstimmung erfolgt dann getrennt.

**Herr Dr. Thomas** brachte die drei genannten Tagesordnungspunkte ein und begründete diese. Die Stadt wird aufgefordert, regelmäßig Bericht zu den entsprechenden Themenpunkten zu erstatten, damit der Stadtrat nicht erst aus der Presse wichtige Dinge erfährt.

**Herr Rebenstorf** widersprach der Darstellung, dass der Stadtrat nur über die Presse informiert wird. Die Stadtverwaltung bemüht sich, zu aktuellen Sachlagen den Stadtrat zu informieren.

Es wurde auch zu einer kurzfristigen Videokonferenz eingeladen, wo über die Entwicklung des Zukunftszentrums informiert wurde. Gleiches gilt auch für den Stand GALERIA Kaufhof, auch hier wird aktuell informiert. Zum Zentrum in Neustadt wird zu aktuellen Entwicklungen, die tatsächlich berichtenswert wären, in seinem Ausschuss auf jeden Fall informiert.

Er wies auf die vorliegenden Änderungsanträge, die von Herrn Geier vorgelegt wurden, hin und bat um Zustimmung.

**Herr Dr. Lochmann** stimmte einigen Aussagen von Herrn Dr. Thomas zu, dass die Stadtverwaltung zu einigen Anfragen ausweichend oder oberflächlich antwortet, dies führt nicht immer zu einer Zufriedenheit der Stadträt/-innen. Es wird aber nicht besser, wenn verlangt wird, dass regelmäßige Berichte gegeben werden, wenn es keinen aktuellen Sachstand gibt. Einen Automatismus hierfür sah er als nicht zielführend an.

In den meisten Fällen informiert die Stadtverwaltung von sich aus und wenn dies nicht erfolgt, muss eben nachgefragt werden. Deswegen werden von seiner Fraktion die Änderungsanträge des Oberbürgermeisters unterstützt.

**Herr Senius** war aus formaler Sicht irritiert, wieso die Änderungsanträge kamen, da die Stadtverwaltung doch in den Stellungnahmen ihre Sichtweise dargelegt hat. Er fragte deswegen nach.

**Herr Rebenstorf** entgegnete, dass hierzu Herr Geier im morgigen Stadtrat gefragt werden kann, wieso er sich zu dieser Variante entschieden hat, da er als Beigeordneter hierzu nicht antworten kann, worauf **Herr Senius** antwortete, dass er angesichts der vollen Tagesordnung im Stadtrat hierzu nicht nachfragen wird.

**Herr Heinrich** sagte, dass er nicht einsehen würde, wenn solche formalen Dinge im vollgepackten Stadtrat auch noch zur Rede kämen, so etwas sollte besprochen werden, wenn es situativ notwendig wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zu der entsprechenden

Abstimmung der einzelnen Tagesordnungspunkte, hier Änderungsantrag und nachfolgend Antrag auf.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion  
Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums  
in Halle-Neustadt (VII/2023/05646)  
Vorlage: VII/2023/05856**

---

**Abstimmungsergebnis skE:** mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis StR:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt,~~

- ~~1. dem Stadtrat jährlich über die Pläne zur Entwicklung des Zentrums von Halle-Neustadt, inklusive der ungenutzten Hochhausscheiben sowie der Flächen zwischen ihnen, zu berichten.~~
- ~~2. sich in diesem Kontext bei den Eigentümern der leerstehenden Hochhausscheiben Informationen über deren Nutzungspläne einzuholen.~~
- ~~3. den Stadtrat einmal im Jahr über den baulichen und sicherheitsrelevanten Zustand der nicht genutzten Hochhausscheiben zu informieren.~~

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt,**

- 1. dem Stadtrat bei Bedarf über die Pläne zur Entwicklung des Zentrums von Halle-Neustadt, inklusive der ungenutzten Hochhausscheiben sowie der Flächen zwischen ihnen, zu berichten.**
- 2. Hierbei sollen nach Möglichkeit auch Informationen über die leerstehenden Hochhausscheiben zum baulichen und sicherheitsrelevanten Zustand sowie bekannte Nutzungspläne erfolgen.**

**zu 6.3 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die  
Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt  
Vorlage: VII/2023/05646**

---

**Abstimmungsergebnis skE:** zugestimmt mit Änderungen

**Abstimmungsergebnis StR:** zugestimmt mit Änderungen

**Beschlussempfehlung:**

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt,~~

- ~~4. dem Stadtrat jährlich über die Pläne zur Entwicklung des Zentrums von Halle-Neustadt, inklusive der ungenutzten Hochhausscheiben sowie der Flächen zwischen ihnen, zu berichten.~~
- ~~5. sich in diesem Kontext bei den Eigentümern der leerstehenden Hochhausscheiben Informationen über deren Nutzungspläne einzuholen.~~
- ~~6. den Stadtrat einmal im Jahr über den baulichen und sicherheitsrelevanten Zustand der nicht genutzten Hochhausscheiben zu informieren.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. dem Stadtrat bei Bedarf über die Pläne zur Entwicklung des Zentrums von Halle-Neustadt, inklusive der ungenutzten Hochhausscheiben sowie der Flächen zwischen ihnen, zu berichten.
2. Hierbei sollen nach Möglichkeit auch Informationen über die leerstehenden Hochhausscheiben zum baulichen und sicherheitsrelevanten Zustand sowie bekannte Nutzungspläne erfolgen.

zu 6.4.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion  
Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Zukunftspläne für den  
ehemaligen Galeria-Kaufhof-Standort (VII/2023/05648)  
Vorlage: VII/2023/05858

---

**Abstimmungsergebnis skE:** mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis StR:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

~~Der Stadtrat wird monatlich im Rahmen des Berichts des Oberbürgermeisters~~ **Der Oberbürgermeister informiert den Stadtrat bei Bedarf** über aktuelle Entwicklungen der Zukunftspläne für den Galeria-Kaufhof-Standort ~~informiert.~~

zu 6.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die  
Zukunftspläne für den ehemaligen Galeria-Kaufhof-Standort  
Vorlage: VII/2023/05648

---

**Abstimmungsergebnis skE:** zugestimmt mit Änderungen

**Abstimmungsergebnis StR:** zugestimmt mit Änderungen

**Beschlussempfehlung:**

~~Der Stadtrat wird monatlich im Rahmen des Berichts des Oberbürgermeisters~~ **Der Oberbürgermeister informiert den Stadtrat bei Bedarf** über aktuelle Entwicklungen der Zukunftspläne für den Galeria-Kaufhof-Standort ~~informiert.~~

zu 6.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion  
Hauptsache Halle zur regelmäßigen Berichterstattung über das  
Zukunftszentrum (VII/2023/05649)  
Vorlage: VII/2023/05857

---

**Abstimmungsergebnis skE:** mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis StR:** mehrheitlich zugestimmt

### Beschlussempfehlung:

~~Der Stadtrat wird mindestens einmal im Quartal~~ **Der Oberbürgermeister unterrichtet den Stadtrat bei Bedarf** über den Sachstand hinsichtlich des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation ~~informiert~~.

zu 6.5      **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur regelmäßigen Berichterstattung über das Zukunftszentrum**  
Vorlage: VII/2023/05649

---

Abstimmungsergebnis skE:      zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis:      zugestimmt mit Änderungen

### Beschlussempfehlung:

~~Der Stadtrat wird mindestens einmal im Quartal~~ **Der Oberbürgermeister unterrichtet den Stadtrat bei Bedarf** über den Sachstand hinsichtlich des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation ~~informiert~~.

zu 7      **Mitteilungen**

---

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8      **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

zu 8.1      **Frau Rohrbach zu Schirmen auf den Marktplatz**

---

**Frau Rohrbach** ging auf die Marktsatzung ein, aus welcher auch das Aussehen der Sonnenschirme und Stände auf dem Markt hervorgeht. Wird die Einhaltung von der Verwaltung kontrolliert, gab es hierzu Ermahnungen in diesem Jahr und gibt es weitere Maßnahmen dazu?

**Herr Rebenstorf** empfahl, diese Frage im zuständigen Ausschuss zu stellen, worauf **Frau Rohrbach** entgegnete, dass sie diese Frage schriftlich für die Septembersitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Ordnung und Umwelt einreichen wird.

zu 8.2      **Herr Senius zur Digitalisierungskampagne**

---

**Herr Senius** ging auf die Präsentation zur Digitalisierungskampagne aus der Sitzung dieses Ausschusses am 30.05.23 ein und fragte zu der Leitmaxime, wie eine „moderne Führung“ aussehen soll und wie dies in der Digitalisierungskampagne erfolgen soll. Wie wird das



beurteilt? Soll dies durch Führungskräfte oder Mitarbeiter/-innen oder Bürger/-innen erfolgen?

Er stellte außerdem die Frage zu der Ausführung in der PPP, dass es eine Interoperabilität von Daten und Software in den IT-Anwendungen gibt. Beinhaltet dies auch eine Anbindung an die IT-Anwendungen des Bundes? Die Schnittstellen sollen gut bedient und im Verfahren erkennbar werden. Der Präsentation wurde nur eine enge Vernetzung mit dem Land entnommen.

**Frau Dr. Odparlik** antwortete, dass diese Digitalisierungskampagne nicht mit der Smart City Strategie zu verwechseln ist, welche ein Teil davon ist. Dies muss schriftlich durch die Abteilung IT und Digitale Verwaltung beantwortet werden.

### **zu 8.3 Herr Busch zum Wirtschaftsförderungskonzept**

---

**Herr Busch** fragte zum aktuellen Sachstand des Wirtschaftsförderungskonzeptes nach. Wie ist der Bearbeitungsstand, wer ist dabei involviert und wann wird hier im Ausschuss ausreichend dazu informiert werden und wann soll dies im Stadtrat erfolgen?

**Frau Dr. Odparlik** sagte, dass der Entwurf des Wirtschaftsförderungskonzeptes vollständig vorliegt. Involviert waren die selben Akteure in der Wirtschaftsförderung, die auch im letzten Wirtschaftsförderungskonzept genannt wurden. Koordiniert wird dies über ihren Fachbereich.

Es läuft jetzt die finale Endabstimmung und danach geht dies in die Geschäftsbereiche, wo noch Rückmeldungen dazu erfolgen können, bevor es hier im Ausschuss vorgelegt wird. Ihr Wunsch wäre, dies Ende dieses Jahres dem Stadtrat vorlegen zu können, was aber noch von den Abstimmungsergebnissen abhängt. Den genauen Termin kann sie demzufolge noch nicht benennen.

### **zu 8.4 Herr Dr. Lochmann zum Beachvolleyballturnier**

---

**Herr Dr. Lochmann** ging auf einen MZ-Artikel ein, aus dem zu entnehmen war, dass das Beachvolleyballturnier in diesem Jahr aufgrund von Planungsschwierigkeiten nicht stattfinden kann. Er fragte, welche Schwierigkeiten es durch wen hierzu gibt (Veranstalter oder Stadt?)

**Herr Rebenstorf** sagte eine schriftliche Beantwortung durch den zuständigen Bereich zu.

### **zu 8.5 Herr Dr. Lochmann zur halleschen Internetseite**

---

**Herr Dr. Lochmann** ging auf die Homepage der Stadt, hier Veranstaltungskalender ein. Hier wird auf die Webseite von halle.365 verlinkt, was ein privater Anbieter ist. Es ist nicht erkennbar, dass man auf eine private Seite kommt, sondern es entsteht der Eindruck, dass es sich um einen Veranstaltungskalender der Stadt handelt. Gibt es einen Vertrag mit halle.365?

Hier könnten auch andere private Anbieter auf den Plan kommen, die sich benachteiligt fühlen könnten.

**Herr Rebenstorf** sagte eine schriftliche Beantwortung durch den zuständigen Bereich zu.

**zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen-

**Frau Winkler** beendete die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

-----  
Yvonne Winkler  
Ausschussvorsitzende

-----  
Sarah Lange  
Protokollführerin